

Amts- und Anzeigebatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Besitzpreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illustrierten Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Nr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hanneböhne, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Fernsprecher Nr. 210.

60. Jahrgang.

Nr. 146.

Freitag, den 27. Juni

1913.

Öffentliche Gemeinderatssitzung zu Schönheide Freitag, den 27. Juni 1913, abends 8 Uhr.
Die Tagesordnung ist am Anschlag-Brett im hiesigen Rathause zu ersehen.

Schönheide, am 24. Juni 1913.

Der Gemeindevorstand.

Pflichtfeuerwehr.

Sonntag, den 29. Juni 1913:

Der Gang nach Petersburg.

Von der Stunde ab, da Pasitsch sein Amt als Ministerpräsident niederlegen wollte, datiert die aufkommende Wendung zum Besseren auf dem Balkan. Wie sie eigentlich zustande gekommen ist, und wer nun eigentlich von den beiden Balkanstaaten nachgegeben hat, das weiß man noch nicht, wird man auch vielleicht erst gewahr werden, wenn der zaristische Schiedsspruch gefällt ist. Festzustehen scheint nur, daß Russland befürchtet hat, Bulgarien möchte jetzt in der Stunde der Not mit Österreich anbinden, was natürlich dem russischen Einfluß auf dem Balkan wesentlichen Abbruch getan hätte. Deshalb hat Russland den Bulgaren wohl Versprechungen dahingehend gemacht, daß der Schiedsspruch im Rahmen des zwischen dem Bierbacht geschlossenen Bündnisvertrages gehalten sein sollte. Ohne Doppelspiel kommt natürlich Russland dabei nicht aus; auch den Serben muß es schlechterdings hoffnungsreiche Versprechungen gemacht haben, um sie zum Gange nach Petersburg zu bewegen. Daß unter diesen Umständen die Gefahr eines Krieges zwischen Serbien und Bulgarien in weite Ferne gerückt ist, ist klar, und so lauten denn auch heute die Drucksachen in dem Sinne:

London, 25. Juni. Wie das Reutersche Bureau erfährt, kann die Gefahr eines Krieges zwischen Bulgarien und Serbien bereits als beseitigt angesehen werden. Es ist zwar noch keineswegs sicher, daß Serbien das Schiedsgericht des Kaisers von Russland über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten bedingungslos annimmt, jedoch sind hinreichend bestimmte Zusicherungen abgegeben worden, sobald man dem Ausgang der bestehenden Differenzen mit Zuversicht entgegenziehen kann. Man hat Grund zu der Hoffnung, daß Serbien, ebenso wie Bulgarien, der Auflösung Russlands nachzukommen wird, seine Forderungen in einer besonderen Denkschrift darzulegen, wenn es dies nicht etwa schon getan hat.

Wien, 25. Juni. Man erwartet hier für morgen die bedingungslose Unterwerfung Serbiens unter das russische Diktat und die Annahme des Schiedsspruchs auf der Basis des nichtrevidierten Vertrages mit Bulgarien.

Wie sich Österreich-Ungarn zur neugeschaffenen Lage stellt, geht aus dem Folgenden hervor: Wien, 25. Juni. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ verzeichnet die Meldung verschiedener auswärtiger Blätter, wonach Österreich-Ungarn die Absicht gehabt hätte, an einem Schiedsspruch zur Sühnung der Streitigkeiten zwischen den Balkanstaaten teilzunehmen, als vollständig unbegründet und erklärt, die Monarchie habe den lebhaftesten Wunsch, daß der Kontakt zwischen den Verbündeten friedlich beigelegt werde. Wie dies Ziel erreicht werde, könne ihr gleichgültig sein. Erst wenn ein endgültiges Resultat an den Tag treten sollte, werde die Monarchie zur Teilung der von den Verbündeten erobernten Gebiete Stellung nehmen und prüfen, ob dadurch ihre Interessen nicht berührt würden, denn es sei selbstverständlich, daß weder eine Vereinbarung der Balkanstaaten untereinander, noch ein auf Grund dieser Vereinbarung gefällter Schiedsspruch irgendwelche verbindliche Kraft für Österreich-Ungarn besitze. Daher sei auch die Meldung, derzu folge der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg mit dem Minister Sazonow Versprechungen über die Frage der Teilung zugesagt habe, durchaus nicht stichhaltig.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser in Kiel. Der Kaiser nahm am Mittwoch nachmittag in Kiel die Meldung des Oberpräsidenten von Conrad entgegen. Der Kaiser fuhr nachmittags zu dem Flaggschiff des Geschwader-

ders und stattete den Admiralen, darunter dem Großadmiral von Tirpiz und dem Flottenchef von Ingelnohl Besuch ab. Auf dem Flottenflaggschiff meldeten sich bei Seiner Majestät auch die bei der Kieler Woche anwesenden Marineattachés von England, Frankreich, Österreich-Ungarn, Italien und Japan und der Vereinigten Staaten, sowie der Nachfolger des bisherigen amerikanischen Marineattachés. Gesandter von Treutler ist in Vertretung des Auswärtigen Amtes beim Kaiser in Kiel eingetroffen. Zur Abendtafel waren zugezogen Großadmiral von Tirpiz sowie die anderen im Immediatdienst befindlichen Admirale, ferner Oberpräsident von Conrad und der Kommandant von Kiel. Der Kaiser hatte bei der Abendtafel zu seiner Rechten die Kronprinzessin und den Prinzen Heinrich, zu seiner Linken Prinzessin Helene und den Prinzen Adalbert. Gegenüber dem Kaiser saß der Kronprinz.

Bundesrat und Deckungsvertrag. Der Bundesrat wird, wie die „Tägliche Rundschau“ erzählt, am heutigen Donnerstag über die Deckungsverträge beraten. Eine erhebliche Mehrheit ist für die Beschlüsse, wie sie im großen und ganzen jetzt vorliegen, vorhanden. Die vor einiger Zeit in Aussicht genommene Besprechung der Finanzminister ist überflüssig geworden. Der Reichstanzier hat sich auf christlichem Wege mit den Regierungen der Bundesstaaten unmittelbar in Verbindung gebracht. Auf diese Weise ist es ihm gelungen, die Zustimmung der süddeutschen Regierungen zu der Vermögenszurücksteuer zu erhalten. Gegner dieser Steuer sind nur noch Sachsen, die Hansestädte, besonders Hamburg und einige thüringische Staaten.

Die braunschweigische Frage. Hinsichtlich der verschiedenen Kundgebungen von welsischer Seite anlässlich der Veröffentlichung des Schreibens des Prinzen Ernst August von Braunschweig-Wolfenbüttel stehen die Berliner leitenden Kreise, wie verlautet, auf dem Standpunkt, daß für sie nur die vom Prinzen selbst mit Zustimmung seines Vaters gegebenen Erklärungen maßgebend seien, und daß diese Erklärungen eine genügende Unterlage für eine endgültige Regelung der braunschweigischen Thronfolge durch den Bundesrat geschaffen hätten. Eine Formulierung für einen entsprechenden Antrag Preußens soll bereits gefunden und die Einbringung dieses Antrages beim Bundesrat in absehbarer Zeit zu erwarten sein.

Zum Fall Trömel. Auf ein Schreiben Trömels an seine Frau, hat diese das Auswärtige Amt ersucht, Trömels Freilassung aus der Fremdelegation zu erwirken.

Rußland.

Heeresstärkung in Russland. In der Abendrede der Reichsduma am Dienstag erklärte auf verschiedene Anfragen der Generalstabchefs, daß sich im Laufe des Jahres, seitdem im Ministerium eine Abteilung für das Flugwesen bestünde, die Zahl der Flugzeuge um das 10fache erhöhte. Das Ministerium werde nicht eher ruhen, als bis in jedem Armeekorps eine Fliegerabteilung eingerichtet sei werde, die in Kriegszeiten die Aufklärung überlasse. Das Ministerium habe die erste Gelegenheit ergriffen, um die Zahl der Lenkbällons zu verdoppeln, wobei es Zugschiffe in großem Maßstabe, sogenannte Luftdrakondnoughts neuesten Systems, erworbene habe. Diese hätten Moschinengewehre, Bombenwerfer, und Telegraphenapparate an Bord. Deutschland habe zwar elf Lenkbällons, doch bloß acht davon entsprechen den russischen Groß-Lenkbällons. Alle jedoch russischen Lenkbällons könnten sich mit den deutschen messen. Dabei komme in Betracht, daß Deutschland zwei Kriegsfronten habe, England aber bloß eine.

Zum Stat der Kanzlei des Kriegsministeriums erklärte der Referent Zweigkern, Rußland stehe gegenwärtig vor beispiellosen Anstrengungen, welche ein-

Übung.

Versammlungsort und Zeit: Früh 6 Uhr am Rathaus.

Unpünktliches Erscheinen, Nichtanlegung der vorgeschriebenen Dienstabzeichen, Entfernung vom Übungsort vor Beendigung der Versammlung wird bestraft.

Schönheide, am 24. Juni 1913.

Der Gemeindevorstand.

Der Feuerlöschdirektor.

bestreundeter Nachbarstaat zur Entwicklung seiner Kriegsmacht mache. Die Reichsduma sei berechtigt, von den Leuten des Kriegsministeriums Aufklärungen darüber zu verlangen, was sie zur Wiederherstellung des gestörten Machtverhältnisses zu unternehmen gedenken. Der Chef des Generalkabinetts erklärte, die Tätigkeit der Militärressorts sei, wie immer, auf die Kampfbereitschaft der Armee gerichtet, und führe die Maßnahmen an, die das Kriegsministerium zum Zwecke einer schnelleren Deplacierung der Armee, sowie zur Vervollkommenung des Aufklärungsdienstes der Armee getroffen habe. Von den Balkanvereinigungen beeinflußt, welche alle Staaten gezwungen hätten, den Bestand ihrer Kriegsmacht zu prüfen, habe das Kriegsministerium Maßregeln getroffen, um die Armee mit allem Nötigen zu versorgen.

England.

Stimmrechtsweiber als Brandstifter. Anhängerinnen des Frauenwahlrechts haben am Mittwoch früh den Versuch gemacht, die Station Hazelwell in Birmingham in Brand zu stecken. Zwei Wartesäle sind zum Teil ausgebrannt. Am Tatort wurden Schriften zugunsten des Frauenwahlrechts gefunden.

Ein Deutscher in England wegen Spionage verurteilt. Der Deutsche William Kars stand am Mittwoch in Winchester vor den Geschworenen unter der Anklage, sich ein geheimes Kriegsbuch der Werft von Portsmouth verschafft zu haben. Kars erklärte, er sei nicht schuldig. Er wurde jedoch für schuldig befunden und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Türkei.

Bollorektes Urteil. Was niemand in Konstantinopel für möglich gehalten hätte, ist am Dienstag geschehen. Der Schwiegersohn des Sultans Salih Damat Pascha hat das Schidjal der übrigen Mörder Mahmud Schwetts auf dem Platz Bajazid geteilt. Eine große Menschenmenge hatte sich auf dem Platz versammelt, um die Leiche dieses vornehmen Mōcoeras zu besichtigen. Salih Damat Pascha hatte bis zum letzten Augenblick einen Gnadenakt des Sultans erwartet, als man ihm jedoch die Unterschreitung des Sultans, mit der dieser sein Todesurteil bestätigte, zeigte, gab er jede Hoffnung auf. Er sandte noch einige Trostworte und einen Schlüsselbund an seine Gemahlin und trat dann mit großer Kaltblütigkeit den letzten Gang an. Diese Hinrichtung hat in der ganzen Stadt einen peinlichen Eindruck hervorgerufen, doch wurde die Ruhe in Konstantinopel bisher nicht gestört.

Ägypten.

Italienische Flaggenhissungen im Somaliland. Der Gouverneur von Somaliland hat aus Mogadischio telegraphisch gemeldet, daß ein Operationskorps am 20. Juni in Buracaba eingesetzt ist und dort die italienische Flagge gehisst hat. Der Gouverneur hat eine Proklamation erlassen, in welcher er erklärt, daß diese Gegend einen un trennbar Teil der Kolonie bilden. In Buracaba ist eine Residenz eingerichtet. In zwei Tagen wird der Gouverneur sich nach Badca begeben, um dort ein Kommissariat für den oberen Juba einzurichten.

Amerika.

Maßnahmen gegen den weißen Sklavenhandel. Nach einer längeren Kabinettssitzung in Washington wurde vertraulich mitgeteilt, daß Präsident Wilson die sofortige Verfolgung von Caminetti und Diggis in Verbindung mit dem weißen Sklavenhandel von Sacramento (Kalifornien) wünsche. Caminetti und Diggis sind reiche und angesehene Bürger von Sacramento und beide verheiratet. Sie stehen unter der Anklage, mit minderjährigen Personen Handel getrieben zu haben.